



## **PRESSEMITTEILUNG**

**Berlin, 08.12.2008**

### **Koalition setzt Vergaberechtsreform aus: Papier ist geduldig, Menschen- und Arbeitsrechte sind es nicht!**

***Münster/ Berlin. NGOs und Gewerkschaften vom Netzwerk Unternehmensverantwortung (CorA) üben Kritik an der Aussetzung der Vergaberechtsreform und fordern die verbindliche Verankerung sozialer und ökologischer Kriterien in das Vergaberecht.***

Nach einem zähen Prozess schien am 3. Dezember 2008 alles klar: Der Wirtschaftsausschuss des Bundestags sollte über den Koalitionsänderungsantrag zum Gesetz zur Reformierung des Vergaberechts beraten. Damit sollte der bundestagsinterne Entscheidungsprozess zum Vergaberecht beendet und das Gesetz am Freitag, den 5. Dezember, beschlossen werden.

Kurz vor der Ziellinie nun die Vollbremsung: Die Koalition setzt die Verhandlungen aus.

Durchschnittlich 360 Milliarden Euro gibt die öffentliche Hand (Bund, Länder und Kommunen) jährlich für die Beschaffung von Pflastersteinen, Kleidung, Blumen und Technik aus. Bei der Produktion dieser Güter in den so genannten Entwicklungsländern werden die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die auch Deutschland ratifiziert hat, häufig nicht eingehalten.

Aus diesem Grund forderte das Netzwerk Unternehmensverantwortung (CorA) die verbindliche Verankerung sozialer und ökologischer Kriterien, sowie die Tarifbindung in der öffentlichen Auftragsvergabe in dem Vergabegesetz.

Nach langem Streit zwischen den Bundesministerien und gegen den Widerstand der Wirtschaftslobby hieß es schließlich im Gesetzentwurf, es "können zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen."

Mit dieser KANN-Bestimmung orientierte sich die Bundesregierung an der Minimalforderung der EU, gesetzliche Regelungen für soziale und ökologische Kriterien zu schaffen.

Johanna Fincke von der Christlichen Initiative Romero (CIR), Mitglied von CorA bemerkt: „Berichte unserer Partnerorganisationen bestätigen, Arbeitsrechtsverletzungen im Produktionsprozess sind keine Ausnahme, sondern die Norm“ und protestiert weiter: „Dass die Koalition es nicht einmal schafft die KANN-Bestimmung durchzubringen ist ein Armutszeugnis. Es scheint, dass der Druck von Wirtschaft und Industrie den Abgeordneten zu groß wurde.“

Im Interesse der Kommunen und Länder, die teilweise schon jetzt nach sozialen und ökologischen Kriterien einkaufen und damit einer großen Rechtsunsicherheit ausgesetzt sind, als auch im Interesse einer nachhaltigen Wirtschaft, muss die Bundesregierung jetzt handeln.

Die Mitgliedsorganisationen von CorA fordern die Bundesregierung auf, die Tariffreuregelung und verpflichtende soziale und ökologische Kriterien in die Reformierung des Vergabegesetzes zu implementieren und das Gesetz zur Reformierung des Vergaberechts unverzüglich zu beschließen.

---

### **Karten- und Emailgruß gegen Ausbeutung**

Bitte unterstützen Sie uns im Kampf um eine verpflichtende Bestimmung! Jetzt Protestpostkarten bestellen und abschicken. Oder Sie schreiben einen Brief an Ihren zuständigen Bundestagsabgeordneten mit der Aufforderung, sich für eine Auftragsvergabe nach fairen Richtlinien einzusetzen!

**Kontakt: Johanna Fincke**, Christliche Initiative Romero, **mobil: 0174 – 53 83 533** oder

**Peter Fuchs**, WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung), **mobil: 0177-6334900**